

einen erhöhten Stellenwert erhielt und in eine betont antisozialdemokratische Sammlungspolitik einmündete. Solche pauschalen Formulierungen über gesellschaftspolitische Zusammenhänge endbinden einen natürlich nicht, die Besonderheiten der gesellschaftlichen und politischen Konstellation – im vorliegenden Fall für Bayern in den 50er und 60er Jahren – jeweils gesondert aufzuhellen, eine Aufgabe, für die Schwarz wichtige Anstöße gibt. Die gesamtgesellschaftliche Motivation für eine solche Handwerkspolitik wird bei Schwarz an verschiedenen Stellen angedeutet, nämlich wenn er von dem Zusammenhang spricht, der bestanden hat zwischen dem Konzessionssystem, der streng gehandhabten Erlaubnisbefugnis der Kommunalbehörden in bezug auf Ansässigmachung und Eheschließung, dem »erzwungenen Gesellenstand«<sup>2</sup>, dem Anwachsen der kommunalen Armenlasten, und wenn er die Interessengemeinschaft zwischen Kommunalverwaltung und eingessener Handwerker-schaft darlegt (vgl. S. 77 f., 81, 140 ff., 147 f.).

Das Konzessionssystem – zusammengesesehen mit den Bestimmungen in bezug auf Ansässigmachung und Eheschließung – erhält aufgrund des aufgetretenen Problems eines überdimensional anwachsenden Proletariats die Funktion, die Gesellschaftsordnung in ganz bestimmter Weise zu stabilisieren, nämlich durch Kontrolle bzw. möglichst wirksame Einschränkung des Bevölkerungswachstums der Unterschichten bei gleichzeitiger »Pflege eines gediegenen Mittelstandes« (so der Central-Ausschuß der Münchner Innungen, in: Schwarz, S. 49), einer politisch konservativen Handwerkerschicht (vgl. auch S. 63), wodurch die zutreffende Aussage von Schwarz über die »negative Selektion« des Handwerks aufgrund des Konzessionssystems in wirtschaftlicher Hinsicht eine ergänzende Aussage in politischer Hinsicht erhält. Daran zeigt sich, daß die Handwerkspolitik nur zu erklären ist, wenn sie als Teil einer umfassenden Gesellschaftspolitik verstanden wird.

Insgesamt gesehen, ist der vorliegenden Münchner Dissertation, die von Karl Bosl betreut wurde, ein großer Wert zuzuschreiben, der vor allem in der übersichtlichen Verarbeitung wichtigen empirischen Materials liegt. Damit ist ein weiterer grundlegender Baustein geschaffen worden, um das traditionelle, harmonisierende Bild von der Gesellschaft Bayerns im 19. Jahrhundert gar gründlich zu zerstören.

Adelheid v. Saldern

Theodore S. Hamerow, *The Social Foundations of German Unification, 1858 – 1871*, Vol. I: Ideas and Institutions, Vol. II: Struggles and Accomplishments, Princeton, N. J., University Press, 1969 und 1972, 433, VII S. und 456, VII S., geb., \$ 12.50 und \$ 15.50.

In den letzten Jahren ist eine ganze Reihe von Arbeiten erschienen, die die deutsche politische Entwicklung im 19. Jahrhundert im allgemeinen und die Politik Bismarcks insbesondere als Folgen des sozio-ökonomischen Wandels interpretieren. Zu nennen wären z. B. Hans Rosenberg, Hans-Ulrich Wehler, Helmut Böhme und nun auch der Verfasser der beiden hier zur Rezension anstehenden Bücher, T. S. Hamerow. Hamerow ist bereits 1958 mit einem interessanten Versuch hervorgetreten, die deutsche politische Entwicklung von 1815 bis 1871 (unter besonderer Berücksichtigung der Revolution von 1848–49) in Beziehung zum Prozeß der Industrialisierung zu setzen, was methodisch durchaus in die eben angedeutete Interpretationslinie hineinpaßt.

In den vorliegenden Büchern setzt Hamerow diesen Versuch fort, indem er die politische Einigung Deutschlands unter preußischer Führung zwischen 1858 und 1871 ursächlich mit

2 Die Vorstellung allerdings, daß jene Gesellen, die dem »erzwungenen Gesellenstand« entwichen und in die Fabriken abwanderten, eine »Welt der Freiheit«, die »Freiheit der beruflichen Selbstverwirklichung« (S. 156, 225) vorfanden, ist wohl auch für Nicht-Marxisten in dieser pauschalen Form nicht haltbar.

sozioökonomischen Strukturveränderungen verkoppelt. Zu betonen ist das Wort »Strukturveränderung«, denn hier wird keine enge ökonomische oder konjunkturelle Interpretation der Politik versucht (etwa wie Hans Rosenbergs Buch über die »Große Depression«), sondern implizit eine komplexe Überbau (politische Einigung als innen- und außenpolitisches Problem) – Basis (Produktionsentwicklung plus Urbanisierung plus Klassenverhältnisse) – Analyse.

Wenn ich Hamerow richtig interpretiere, sieht er hier zwei mächtige Widersprüche am Werk. Erstens gab es den Widerspruch zwischen den Großmachtansprüchen des am Hof, unter dem Militär und in der Bürokratie dominierenden Adels – die einerseits zur Rechtfertigung und damit zur Aufrechterhaltung seiner politischen Vorrechte den anderen Klassen, insbesondere der Bourgeoisie gegenüber, erforderlich waren, aber andererseits die Kooperation und damit gesellschaftliche Aufwertung gerade dieser Bourgeoisie voraussetzten. In Hamerows Worten: »The urban bourgeoisie, free from the domination of a hereditary noble caste, was creating a new economic system which threatened to undermine the traditional class relationships of Central Europe. The danger to the established order was recognized by its defenders, and yet the force of circumstances obliged them to tolerate it. What else could they do? No government dared risk the military defense of its interests without the support of railroads, foundries, factories and banks, in short, the entire apparatus of modern industrialism« (Ideas . . ., S. 63 f.).

Zweitens bestand ein Widerspruch zwischen der Forderung der Bourgeoisie nach einem größeren Mitspracherecht und einer Liberalisierung im politischen Leben Deutschlands und der damit bewirkten Vermehrung und Verstärkung der Feinde eben dieser Bourgeoisie und deren Liberalismus (z. B. unter den Kleingewerbetreibenden, Bauern und städtischen Handwerkern). Freilich waren diese Widersprüche schon 1848 sichtbar; auf dem Schauplatz des Einigungskampfes sind sie eben – dank der Dynamik der Industrialisierung – um einige Reifegrade weiter. Das Verdienst Hamerows liegt eben darin, dem englischen Sprachraum eine ausführliche Darstellung dieser Weiterentwicklung zu liefern.

Das Anliegen Hamerows ist zweifellos wichtig. Irgendwie leuchtet es ein, daß in der »konservativen«, preußischen Lösung der deutschen Frage gewisse Wurzeln des 1. Weltkrieges und des Dritten Reiches zu sehen sind, Wurzeln, die aber nicht nur auf »Fehlentscheidungen« eines Bismarck zurückzuführen sind (vgl. den Schlußsatz des zweiten Bandes »Struggles . . .«, S. 427). Die von Hamerow zur Lösung dieses historischen Rätsels angewandte Methode ist aber m. E. wenig glücklich und vor allem kaum geeignet, eine Diskussion bzw. weitere Forschungen zu diesem Thema anzuregen. Der erste Band (»Ideas and Institutions«) soll die Strukturfaktoren des Liberalismus, Konservatismus, Sozialismus, Industrialismus, Klassenantagonismus usw. darlegen, der zweite (»Struggles and Accomplishments«) eine mehr oder weniger chronologische Darstellung des Ablaufs der Kämpfe und Errungenschaften bis zur Gründung des Reiches im Jahre 1871 wiedergeben – unter Rückgriff auf die Faktoren des »ersten« Bandes.

Mehr Struktur haben diese Bände nicht. Eine Hypothese über ökonomische, soziale oder politische Prozesse, die eine wissenschaftliche Einordnung des Befundes erleichtern könnte, ist hier nicht zu finden. Die deutschen »Kämpfe und Errungenschaften« des 19. Jahrhunderts erscheinen hier fast als ein Prozeß *sui generis*, einmalig, nicht mit den Erfahrungen anderer Länder oder Epochen vergleichbar. Hamerow interessieren andere Interpretationen auch nicht. Obwohl z. B. Helmut Böhmes wichtiges Buch sein Thema behandelt, setzt sich Hamerow mit seinen Ergebnissen genausowenig auseinander wie mit irgendeiner anderen Publikation. Historiographisch ist also die Einordnung der zwei Bände auch schwierig. Es drängt sich die Frage auf: Wird hier überhaupt etwas Neues geboten? Ist nicht z. B. die These des Primats ökonomischer Interessen in der Zollvereinsfrage sowie bei mehreren Handlungen Bismarcks schon früher formuliert worden (z. B. von Böhme)? Der Mangel an

neuen Argumenten wird durch die fehlende Erschließung neuer Quellen ergänzt, vielleicht teilweise verursacht. Nicht daß der Text schwach belegt ist. Recht breite Literaturkenntnisse werden im Text und in den Fußnoten dokumentiert. Es fehlen eben neue Quellen, überhaupt Archivalien, völlig.

Die vorliegenden Bücher halten sich eng an die traditionellen Quellen und Methoden der alten politischen Historiographie: Biographien, Memoiren, Protokolle von parlamentarischen Verhandlungen, Zeitungen, in denen die Meinungen einiger politischer Prominenter gehört werden. Lange Zitate aus Reden oder Briefen eines Bismarck, Schulze-Delitzsch, Lassalle oder A. E. F. Schäffle werden angeführt. Hamerow hat sich diese Grenzen selbst gesetzt. Er schreibt doch (*Ideas . . .*, S. 359): »Does the cultured minority, however, reflect the great body of the poor, ignorant, and apathetic? There is no direct way of making sure. The illiterate and semiliterate published no creeds, kept no diaries, composed no memoirs, and left no letters. Their feelings can only be surmised from what contemporary observers outside their own class said about them. This inability to express their views contributed to their ineffectualness in public affairs. Since they did not speak, they were not heard«.

Jedoch versucht Hamerow nirgends ernsthaft die Sprache der »ungehörten Massen« – in Handlungen wie Streikaktionen, öffentlichen Versammlungen oder Straßenunruhen – zu vernehmen. Er untersucht eben nicht das Handeln, sondern die schriftlich niedergelegten Eindrücke einzelner, meist prominenter Persönlichkeiten über das Handeln anderer. Obwohl Hamerow nach meiner Meinung eine breite und solide Dokumentierung jener zeitgenössischen Eindrücke zusammengestellt und sogar in einer plausiblen Argumentationslinie formuliert hat, bezweifle ich, ob mit seinen Ergebnissen sehr viel anzufangen ist. Seine Methode konfrontiert uns mit Fakten und Meinungen, die an einer fließenden Darstellung zusammengekettet sind. Sie eröffnet uns – ohne neue Quellen, ohne neue Auswertungsmethoden, ohne eine explizite Fragestellung – keine neuen Vergleichsmöglichkeiten.

Es ist freilich möglich, den zwei Bänden Fachfehler und Fehlinterpretation konkreter Fakten nachzuweisen, z. B.: Der Boom von 1854–57 war nicht auf »paper profits« aufgebaut, sondern auf das reale Wachstum des schwerindustriellen Komplexes (*Ideas . . .*, S. 3). Der Boom der frühen 1870er Jahre fing eigentlich 1868 oder 1869 an, wurde also nicht durch die politische Umwälzung im Jahre 1871 eingeleitet (*Ideas . . .*, S. 11). Es ist nicht sinnvoll, das durchschnittliche Kapital der größten deutschen Aktienbanken 1857 von 30 Millionen Mark (10 Millionen Taler) mit dem Adjektiv »knapp«, d. h. klein, zu bezeichnen, denn selbst 1913 hatten nicht mehr als 75 deutsche Aktiengesellschaften überhaupt so viel Aktienkapital aufzuweisen (*Ideas . . .*, S. 32). Man kann nicht ohne weiteres die Jahre zwischen 1815 und 1845 als »tranquil« (friedlich) kennzeichnen, besonders nicht, wenn man an die Unruhen von 1819, 1830–32 oder 1844 denkt (*Ideas . . .*, S. 44). Keine Erklärung für den vermuteten Zusammenhang zwischen dem Bevölkerungswachstum der 1870er Jahre und der Reichsgründung ist hier zu finden (*Ideas . . .*, S. 45). Dennoch haben solche Unrichtigkeiten im Vergleich zu dem schon oben angekreideten Fehlen einer expliziten Fragestellung wenig Gewicht. Ich habe eigentlich den Eindruck, daß die »Fehlerquote« dieser Bücher recht gering ist und daß der Verfasser aus den benutzten Quellen außerordentlich genau und fleißig seine Informationen gezogen hat. Gleichwohl habe ich leider den Eindruck, daß dies den meisten Lesern nicht viel zur Nutzensteigerung ihrer Lektüre helfen wird. Wer schon eine explizite Fragestellung entwickelt hat und in der Geschichte des politischen Einigungskampfes nach Fakten und Anhaltspunkten sucht, wird – besonders wenn er an englische Literatur leicht und an deutsche Literatur schwer herankommt – mit den Hamerowschen Bänden gut bedient sein.

Richard H. Tilly